DIENSTAG, 4. OKTOBER 2011

Nr. 231/AZ 9100 Herisau
Fr. 3.– / € 2.50

SEITE 13 STERNE

Appenzeller Zeitung

www.appenzellerzeitung.ch

Amanda Knox Per sofort frei
Im spektakulären Mordprozess in Perugia ist die Amerikanerin Amanda Knox freigesprochen worden. Der Freispruch gilt auch für ihren Ex-Freund Raffaele Sollecito. schauplatz **8**

Rapperswil-Jona im Tief
Der schwache Saisonstart der St. Galler NLA-Eishockeyspieler zieht Probleme mit sich. sport **15**

Griechenland wohin?
Ein kontrollierter Erlass eines Teils der Staatsschulden: Damit rechnet die Credit Suisse. wirtschaft **22**

APPENZELLERLAND

REHETOBEL
Wie weiter mit der Sek Rehetobel? **29**

WALZENHAUSEN
Pfarrerin Corinna Boldt feiert ihr Jubiläum **31**

INNERRHODEN
Nationalratskandidaten legen Positionen dar **35**

BADMINTON
BV St. Gallen-Appenzell ist Titelanwärter **37**

FOCUS

Brecht in Bregenz: Neue Facetten für einen Klassiker **10**

Salzkorn

Fast etwas verstohlen weist Urs Heller, als Chefredaktor des Gourmetführers Gault Millau der oberste Feinschmecker im Land, darauf hin. Von den 837 Adressen im gestern präsentierten Führer seien mindestens 696 keine Luxusadressen, heisst es auf einer hinteren Seite der Medienmitteilung. Denn so viele Lokale erhielten 12, 13, 14 oder 15 Punkte und seien also keine Gourmettempel. Weil da Köche am Werk seien, «die mehrheitlich im Quartier, in kleinen Ortschaften und auf dem Land kochen».

Der Hinweis kommt nicht von ungefähr. «Gourmettempel» tönt nach gestopft und übertriebenen Preisen. Die Kritik an den Kosten eines gediegenen Mahls mag da und dort zutreffen. Oft aber entlarvt sie nur die eigene Einstellung gegenüber dem Essen. Man gibt bedenkenlos Geld aus für Konzerte, Sportveranstaltungen und heimische Unterhaltungselektronik. Das Essen ist da nur Beigemüse – und jeder Rappen zu viel. Wer aber eine Genusskultur pflegt, in der es ein abendfüllendes Vergnügen ist, der rechnet ganz anders. B. H.

Audi
Vorsprung durch Technik

Scheidweg-Garage AG
9050 Appenzell
Telefon 071 788 18 18
www.scheidweg-garage.ch

Weiter viele offene Fragen nach dem Spielabbruch in Zürich

THOMAS WERNER

ZÜRICH. Die Swiss Football League will im Sinne des Spielbetriebs «so schnell wie möglich» über die Wertung des abgebrochenen Zürcher Derbys vom Sonntag entscheiden. Die Disziplinarkommission der Liga gibt sich allerdings noch bedeckt, vorerst würden die Videobilder gesichtet, heisst es. So lange nicht feststeht, wer die Hauptschuld für die gravierenden Ausschreitungen trägt, ist es müssig über mögliche Sanktionen zu spekulieren. Der Rahmen für Strafen ist jedenfalls gross.

Grundsätzliche Fragen

Derweil rücken in Zürich betreffend Fussball auch grundsätzliche Fragen in den Mittelpunkt. FC-Zürich-Präsident Ancillo Canepa sinnierte darüber, ob er sich das noch lange antun wolle, und der «Tages-Anzeiger» stellt zum Projekt eines neuen Fussballstadions in Zürich die Frage: «Wer hat nach gestern noch Lust, dafür 150 Millionen Franken auszugeben?» Fraglich sei auch, ob die Sicherheit im Letzigrund grundsätzlich gewährleistet ist. Eine Antwort muss schnell gefunden werden, treffen doch dort im nächsten Spiel Zürich und Erzrivale Basel aufeinander.

Anhänger des FC St. Gallen seien diese Saison auch zweimal fast für einen Spielabbruch verantwortlich gewesen, sagt Mediensprecher Markus Scherrer. Bei der Kantonspolizei St. Gallen laufen inzwischen die Ermittlungen zur Identifizierung der Aarauer Anhänger, welche in Wil mehrere Polizisten angegriffen haben.

Polizei sucht Zeugen

Der Angriff vom Samstag richtete sich gegen die Polizei und hatte mit dem Spiel nichts mehr zu tun, so die Kantonspolizei. Sie sucht jetzt Zeugen und insbesondere privates Foto- oder Videomaterial. seite zwei **2** thema **3**

Bild: ap/Louis Lanzano

Empört in Amerika

Die in New York seit drei Wochen andauernden Proteste der Bewegung «Besetzt die Wall Street» gegen die Macht der Finanzindustrie haben sich auf andere Städte ausgeweitet. Nachdem in New York am Wochenende 700 Aktivisten festgenommen worden waren, kam es auch in Boston, Chicago, Los Angeles und weiteren Städten zu Protesten. ausland **7**

Nobelpreis überschattet von Todesfall

STOCKHOLM. Der Medizin-Nobelpreis ist für die Entschlüsselung des Immunsystems zuerkannt worden. Einer der drei geehrten Forscher, der Kanadier Ralph Steinman, ist aber vor Bekanntgabe gestorben. Nun ist nicht klar, ob sein Preis annulliert werden muss. Steinman sollte zusammen mit dem Franzosen Jules A. Hoffmann und dem US-Amerikaner Bruce A. Beutler für Arbeiten zum Immunsystem im Dezember den Nobelpreis für Medizin erhalten. Der Nobelpreis kann nach den gültigen Statuten aber nicht posthum zuerkannt werden. (sda) seite zwei **2** focus **9**

Ein Schwyzer ist Koch des Jahres

STEINEN. Der Titel «Koch des Jahres» geht erstmals in die Zentralschweiz. In Steinen SZ zeichnete gestern der Gourmetführer Gault Millau den 50jährigen Franz Wiget vom Landgasthof Adelboden mit der höchsten Trophäe in der Schweizer Gastronomie aus. Die Ostschweiz bleibt trotz des Abgangs der letztjährigen Entdeckung Nenad Mlinarevic Feinschmeckerland. Die sieben Spitzenköche bestätigten sich, 16 Lokale wurden höher bewertet oder neu in den Führer aufgenommen. (Hn.) seite zwei **2** focus **11**

Genossenschaft zapft Sonne an

ST. GALLEN. Der Anteil von Solarstrom im Stadtsanktgaller Energiemix soll rasch wachsen. Politiker wollen dafür eine Genossenschaft gründen, die Solaranlagen erstellt und betreibt. Ihre Gewinne sollen nicht abgeführt, sondern in weitere Anlagen reinvestiert werden. Mitmachen können mit mindestens 1000 Franken alle Interessierten. Mit dem Modell, das in Deutschland bereits klappt, soll auch die Spekulation mit Dächern unterbunden werden, die für die Solarstromproduktion geeignet sind. (vre)

Freie Wahl zwischen Militär und Zivildienst

BERN. Die Wehrpflicht soll den sinkenden Armeebeständen angepasst werden. Das schlägt die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) vor. Sie will, dass Schweizer Männern die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst offen steht.

Schon heute sei ein Drittel der Dienstpflichtigen untauglich, sagte EKKJ-Präsident Pierre Maudet gestern vor den Medien. «Damit wird die in der Verfassung verankerte Dienstpflicht nicht mehr respektiert.» Bei einer auf 100 000 Mann verkleinerten Armee werde sich die Ungerechtigkeit weiter verschärfen.

Im Gegensatz zu einer laufenden Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) soll nach Ansicht der Kommission aber die Dienstpflicht nicht aufgehoben werden. Dafür fehlt laut Umfragen die Unterstützung in der Bevölkerung. (red.) inland **5**

Tausende flüchten aus Sirte

TRIPOLIS. Tausende Bewohner von Sirte haben gestern eine Kampfpause genutzt, um aus der Heimatstadt des untergetauchten libyschen Ex-Machthabers Muammar al-Gadhafi zu flüchten, in der sich die humanitäre Lage zusehends verschlechtert. Wie der Sender Al-Arabija weiter berichtete, bereiten die Truppen des Übergangsrates einen neuen Grossangriff auf die Hafenstadt vor, in der sich noch stärkere Einheiten von Gadhafi-Milizen verschanzt haben. (dpa) ausland **6**

ST. GALLER CHRISTLICHSOZIALE

Immer stiller

«Im Kanton St. Gallen gibt es kaum noch aktive Gruppierungen der Christlichsozialen», bedauert Ruth Frick-Beer. Sie ist die letzte Präsidentin der CSP Wil, die sich per Ende der Legislaturperiode 2012 auflösen wird, obwohl sie im Stadtparlament noch zwei Sitze hält. Die einzigen halbwegs aktiven Organisationen finden sich in den Regionen Rheintal, Rorschach und St. Gallen. Die CSP sei «im Verlauf der Jahre stiller geworden» und spiele «eigentlich keine Rolle mehr», stellt auch der St. Galler Politbeobachter Bruno Eberle fest. Seit der Gründung der CVP ist die St. Galler CSP keine eigenständige Partei mehr, sondern lediglich eine Strömung in der Mutterpartei; für viele keine unwichtige: Ohne CSP-Haltungen drifte die «originale» Mitte-Partei CVP nach rechts ab, hiess es 2010 anlässlich einer Grundsatzdiskussion. (red.) ostschweiz **23**

9 771424 292005 20040

Redaktion: Kasernenstrasse 64, 9101 Herisau, Telefon 071 354 64 74, Fax 071 354 64 75, E-Mail redaktion@appon.ch **Aboservice:** Kasernenstrasse 64, 9101 Herisau, Telefon 071 354 64 44, Fax 071 354 64 65 E-Mail abo@appon.ch **Inserate:** Publicitas AG, Poststrasse 7, 9102 Herisau, Telefon 071 353 34 34, Fax 071 353 34 35, E-Mail herisau@publicitas.ch

Mehr Einkommen für die Landwirte

BERN. Das Einkommen der Landwirtschaft hat sich leicht erholt: Nach zwei Jahren mit Rückgängen steigt das Einkommen des Sektors im laufenden Jahr voraussichtlich um rund 2,8 Prozent. Der Produktionswert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse blieb praktisch gleich. Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz dürfte 2011 auf rund 10,25 Milliarden Franken zu liegen kommen, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern in seiner Schätzung zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung annimmt. Das sind rund 0,4 Prozent oder 40 Millionen Franken weniger als im Vorjahr. Ein besonders gutes Jahr wird 2011 für die Acker-, Gemüse-, Obst- und Weinbauern. Die Witterung mit warmem und trockenem Frühling sowie feuchtem und kaltem Sommeranfang bekam ihren Kulturen gut, was den Produktionswert um 1,5 bis 6,6 Prozent ansteigen liessen. Gestiegen sind die Direktzahlungen der öffentlichen Hand: Sie nahmen um 1,4 Prozent auf 2,9 Milliarden Franken zu. (sda)

Beznau wieder am Netz

DÖTTINGEN AG. Der Block II des Atomkraftwerkes Beznau hat am Samstag nach sechs Wochen Revision die Stromproduktion wieder aufgenommen. Während der Revision wurden 20 der 121 Brennelemente ersetzt. Schwerpunkte der Jahresrevision waren Sanierungs- und Prüfarbeiten an Hauptkomponenten des nuklearen Teils, wie die Axpo gestern mitteilte. Unter anderem sei ein Rundlaufkran im Sicherheitsgebäude saniert worden. Zudem wurden Kühlmittelleitungen und Funktionen am Reaktordruckbehälterdeckel geprüft. Im konventionellen Teil wurden die Niederdruckturbinen geprüft und Leitungssysteme erneuert. Rund 300 Fachkräfte aus dem In- und Ausland unterstützten die 500 eigenen Mitarbeitenden während der Revision. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat habe sich in zahlreichen Inspektionen und einem Rundgang vom vorschriftsgemässen Zustand der Anlage überzeugt. (sda)

SD: Ausschluss nach Hitlergruss

BERN. Die Schweizer Demokraten schliessen einen ihrer Nationalratskandidaten aus der Partei aus. Von dem 28jährigen Berner Oberländer Jonas Schneeberger tauchte in der Öffentlichkeit ein Foto auf, das ihn in Hitlergruss-Pose im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald zeigt. Das Bild, das die «Sonntags-Zeitung» publik machte, zeigt Schneeberger in der KZ-Gedenkstätte vor einer historischen Schwarzweissaufnahme von KZ-Opfern. Zusammen mit einem Gesinnungsgenossen wirft er sich in Pose. (sda)

Anzeige

Bild: ky/Peter Schneider

Einsatz für das Gemeinwohl: Zivildienstleistende bauen eine Trockenmauer bei Brugg im Kanton Aargau.

Freie Wahl erhitzt Gemüter

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen will die Dienstpflicht modernisieren. Junge Männer sollen zwischen Militär- und Zivildienst frei wählen können.

EVELINE RUTZ

BERN. Immer mehr junge Schweizer absolvieren weder Militär- noch Zivildienst. 2010 wurden 34 Prozent der aufgebotenen Stellungspflichtigen als untauglich eingestuft. Das heisst, sie wurden über den sogenannten «blauen Weg» ausgemustert und müssen Wehrpflichtersatz zahlen.

Die in der Verfassung verankerte Dienstpflicht werde damit nicht mehr eingehalten, stellte Pierre Maudet, Präsident der eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), gestern vor den Medien fest. Hinzu komme, dass die Armee in den nächsten Jahren tendenziell weiter verkleinert werde. Dadurch entstehe ein Überschuss von Tausenden von Stellungspflichtigen. «In seiner gegenwärtigen Form ist das System nicht mehr haltbar», folgerte Maudet. Im gestern veröffentlichten Bericht «Ein Dienst für das Gemeinwohl» zeigt die EKKJ auf, wie die Dienstpflicht umgestaltet werden könnte. Die ausserparlamentarische Kommission schlägt vor, eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst mit gleicher Dauer einzuführen. Länder wie Deutschland und Frankreich hätten damit gute Erfahrungen gemacht, argumentiert sie.

Genügend Stellen vorhanden

Die deutlich zunehmende Anzahl der Zivildienstleistenden zeige, dass sich die Jungen für die Allgemeinheit engagieren wollten. Insbesondere im Gesundheits- und im Sozialwesen seien genügend Stellen vorhanden, denkbar seien aber auch Einsätze in neuen Tätigkeitsfeldern. Weitere Einsatzmöglichkeiten sieht die EKKJ im Tourismus sowie an Grossveranstaltungen.

Auch Ausländer zulassen

Ermöglichen möchte die Kommission einen solchen Dienst am Gemeinwohl auch ausländischen Jugendlichen, die sich damit in lokale Netzwerke integrieren und ein Bewusstsein für die Institutionen ihres Gastlandes entwickeln könnten. Für Frauen soll die Dienstpflicht hingegen nicht gelten. Sie leisteten immer noch einen Grossteil der Kindererziehung und wesentlich mehr Freiwilligenarbeit, lautet die Begründung. Damit die Armee nicht plötzlich über zu wenige Soldaten verfüge, gelte es im Gesetz zudem, eine entsprechende Schutzklausel zu verankern.

Jakob Büchler (CVP/SG), Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, gehen die Vorschläge der EKKJ zu weit. «Die allgemeine Wehrpflicht ist in der Verfassung verankert», sagt er und warnt davor, auf Freiwilligkeit zu setzen. «Wir dürfen nicht dieselben Fehler machen wie andere Staaten.» Rücke man von der allgemeinen Wehrpflicht ab, bestehe die Gefahr, dass nur noch Personen Militärdienst leisteten, die nichts anderes fänden.

Nationalrat Josef Lang (Grüne/ZG), Vorstand der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), bezeichnet die Visionen der EKKJ als Fortschritt. Kritisch beurteilt er jedoch, dass junge Männer weiterhin gezwungen werden sollen, eine Art von Dienst zu leisten. Die GSoA setzt auf freiwilliges Engagement. Sie hat im Juni 2010 die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» lanciert.

KOMMENTAR

Eine dringend nötige Debatte

Freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst für alle: Der Vorschlag ist weder neu noch besonders originell. Falsch ist er deswegen aber nicht, im Gegenteil. Die Kommission lanciert damit die dringend nötige Debatte über die Dienstpflicht. Denn der Verfassungsgrundsatz, dass jeder gesunde junge Schweizer ins Militär muss, ist längst nicht mehr erfüllt.

Rund ein Drittel der Dienstpflichtigen entzieht sich heute dem Militär: Sie lassen sich wegen – echten oder vorgetäuschten – medizinischen Problemen untauglich schreiben. Und von jenen, die ins Militär einrücken, absolviert nur noch jeder dritte die volle Dienstzeit. Eine echte Pflicht ist der Militärdienst damit bald nur noch für jene, die sich kein Arztzeugnis beschaffen können, den Weg zum Zivildienst nicht kennen oder die bürokratischen Hürden scheuen. Dieses Problem wird mit der geplanten Verkleinerung der Armee auf 100 000 Mann zusätzlich verschärft. Pflicht ist das Militär dann tatsächlich nur noch für eine Minderheit.

Eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst würde dieses Problem entschärfen. Fallen die Hürden für den Zivildienst weg, verlöre der «blaue Weg» an Bedeutung. Junge Männer verdienen in der Regel wenig; für sie ist ein Dienst am Gemeinwohl attraktiver, als Ersatzpflicht zu zahlen.

Ein weiteres Plus wäre die Stärkung des Zivildienstes. Er würde nicht mehr als Strafdienst für Deserteure wahrgenommen, sondern als vollwertige Alternative zum Militär. Angst vor personellen Engpässen in den Truppen wäre trotzdem überflüssig: Für den Fall, dass zu wenige ins Militär wollen, ist eine Schutzklausel vorgesehen. Mit einer so schmerzfreien Reform müsste eigentlich auch die Armee gut leben können. *Andri Rostetter*

andri.rostetter@tagblatt.ch

SP lenkt erfolgreich ab

Gestern Stéphane Rossini, heute Alain Berset, bald Pierre-Yves Maillard: Die SP inszeniert die Bundesratswahlen nach allen Regeln der Kunst. Sie übertüncht damit erfolgreich ihr peinliches Parteiprogramm und fehlende Geldmittel. Von ***Stefan Schmid***

Kaum ist die letzte Session der Legislatur vorbei, kommen sie aus den Startlöchern: Die Kandidatinnen und Kandidaten der SP für die Nachfolge von Micheline Calmy-Rey. Ein geschickt gewählter Zeitpunkt. In vielen Kantonen haben die Herbstferien begonnen, die Nachrichtenlage ist entsprechend dünn geworden.

Favorit Berset

Gestern präsentierte sich im Wallis der Walliser National- und Ständeratskandidat Stéphane Rossini. Der smarte Politiker ist zwar für die Bundesratswahlen vom 14. Dezember klarer Aussenseiter. Doch seine Kandidatur für die Landesregierung dürfte ihn und seine Partei für die Parlamentswahlen beflügeln.

Heute folgt der nächste Coup im sauber aufgegleisten SP-Wahlkampf um den zweiten Sitz in der Landesregierung. Mit dem Freiburger Ständerat Alain Berset steigt der Topfavorit ins Rennen. Die Ankündigung findet in Freiburg statt. Wo sonst? Auch ihm dürfte die Kandidatur für den Bundesrat zusätzlichen Schwung im Endspurt des kantonalen Ständeratswahlkampfs verleihen. Immerhin sieht er sich von einem anderen welschen Bundesratsanwärter, dem Holzbauunternehmer Jean-François Rime (SVP) aus Bulle, herausgefordert.

Bild: ky/Dominic Favre

Stéphane Rossini

Noch etwas zuwarten wollen zwei andere potenzielle Bundesräte: Der Waadtländer Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard wie auch die Tessiner Nationalrätin Marina Carobbio entscheiden sich offiziell erst nach den Wahlen vom 23. Oktober. Das Zögern Maillards ist taktisch bedingt. Nicht alle grossen SP-Kaliber sollen ihr Pulver in derselben Woche verschiessen. Und im Falle der Tessinerin Carobbio gilt es, die italienischsprachigen Schweizer über Parteigrenzen hinweg hinter sich zu scharen.

Keine Rechtfertigung

Dass die SP den Rücktritt ihrer Bundesrätin im unmittelbaren Vorfeld der Parlamentswahlen geschickt inszeniert, ist ihr gutes Recht. Die Genossen schlagen damit zwei Fliegen auf einen Schlag: Erstens redet niemand mehr vom peinlichen Parteiprogramm, das vor einem Jahr beschlossen wurde. Die SP muss sich weder für den Vorschlag, die Armee abzuschaffen noch den Kapitalismus zu überwinden, rechtfertigen. Und zweitens kompensiert die Partei damit ihre vergleichsweise bescheidenen Finanzmittel.

Schweiz will mit Indien im Finanzbereich kooperieren

Die indische Präsidentin Prathibha Patil hat ihren zweitägigen Staatsbesuch in der Schweiz begonnen. In Bern wurde die 76-Jährige vom Bundesrat empfangen.

BERN. Am ersten Tag ihres Staatsbesuchs in der Schweiz hat die indische Präsidentin Pratihba Patil die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gelobt. In der künftigen Zusammenarbeit steckten noch «enorme Synergien», erklärte sie gestern in Bern. Sie freue sich auf die baldige Unterzeichnung des Freihandelsabkommens, erklärte Patil im Bundeshaus. Das Abkommen, über welches seit 2008 verhandelt wird, würde die Wirtschaftsbeziehungen weiter ankurbeln.

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, welche die indische Präsidentin zuvor auf dem Bundesplatz offiziell empfangen hatte, stimmte Patil zu: Das «sehr ambitiöse» Abkommen würde nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht neuen Schwung in die Beziehungen bringen. Während der darauffolgenden Gespräche unterzeichneten die beiden Regierungen eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Finanzbereich: In einem Dialog wollen die Staaten gemeinsame Interessen eruieren und ihre politische Zusammenarbeit vertiefen. (sda)

Bild: ky/Marcel Bieri

Patil und Calmy-Rey in Bern.